

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 7. November 2005

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 7. November 2005 beschlossen:

Zukunft für den Mittelstand – Benachteiligungen abbauen

Der Mittelstand ist das Rückgrat und der Motor der deutschen Wirtschaft. Der Mittelstand ist als Wirtschaftsfaktor, als Arbeitgeber und als Ausbilder unverzichtbar, aber auch als Motor der Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum. Allerdings muß festgestellt werden, daß sich in den letzten Jahren die Situation des Mittelstandes permanent verschlechtert hat. Dies äußert sich u.a. darin, daß nun ein großer Teil der zu verzeichnenden Insolvenzen und verloren gegangenen Arbeitsplätze insbesondere den kleineren Unternehmen zuzuordnen ist.

Die Ursache für diese Entwicklung liegt darin, daß sich nicht nur die Rahmenbedingungen insgesamt verschlechtert haben, sondern die eingeschlagene Wirtschaftspolitik der Bundesregierung die kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber den Großunternehmen permanent benachteiligt. Die Stärken und Potentiale der mittelständischen Betriebe können sich nicht mehr entfalten.

So belastet das viel zu komplizierte Steuersystem Personengesellschaften, während vor allem die Kapitalgesellschaften von Steuererleichterungen profitieren können. Die von der Bundesregierung eingebrachten neuen Regelungen im Arbeitsrecht wirken gerade für den Mittelstand oftmals als Einstellungsbremse mit allen Konsequenzen für Wachstum und Innovation in den Betrieben. Die Verschärfung der Mitbestimmung führt nicht nur zu höheren Kosten, sondern es stört auch das besondere betriebliche Miteinander in einem mittelständischen Unternehmen. Insgesamt belastet eine zunehmende Bürokratie die Unternehmen.

Gleichzeitig verfolgt die Bundesregierung eine mittelstandsfeindliche Industriepolitik, die marktbeherrschende Konzerne durch wettbewerbspolitische Ausnahmeregelungen unterstützt und Wettbewerb auf den Märkten z.B. durch die Verlängerung des Briefmonopols für die Deutsche Post AG verhindert.

Nur mit einem starken, gesunden Mittelstand werden wir wieder Wachstum und Innovation ermöglichen und die Probleme auf dem Arbeitsmarkt lösen. Deshalb fordert die FDP, den Mittelstand wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik zu rücken und ein wachstumsförderndes Umfeld für den Mittelstand zu schaffen.

Dazu müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, die die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands stärken sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessern.

Konkret fordert die FDP deshalb:

- **die Einführung eines niedrigen, einfachen und gerechten Steuersystems mit den Sätzen 15, 25 und 35 Prozent.** Mit einem einheitlichen Steuertarif für alle Einkommensarten profitiert insbesondere der Mittelstand, der nur selten über Möglichkeiten und Kapazitäten für Steueroptimierungsstrategien verfügt. Darüber hinaus will die FDP die schrittweise Einführung einer Flat-tax, die einen Steuersatz für alle Einkünfte vorsieht und die das Nebeneinander verschiedener Steuern und Anreize zur Einkommensverlagerung aus Steuerersparnisgründen beendet.
- **die Streichung der Rechtsgrundlage der Vermögensteuer.** Diese Substanzbesteuerung muß endgültig abgeschafft werden, damit der Mittelstand nicht durch die immer wieder aufkommende Diskussion um die Wiedereinführung der Vermögensteuer verunsichert wird.
- **die Erleichterung des Betriebsübergangs durch die Streichung der Erbschaftsteuer** beim Generationswechsel, wenn das Unternehmen zehn Jahre weitergeführt wird.
- **eine konsequente Reform der Sozialversicherungssysteme mit mehr Kapitaldeckung und Eigenvorsorge, um Lohnzusatzkosten zu senken.**
- **eine mittelstandsfreundliche Reform des Kündigungsschutzgesetzes.** Um mehr Flexibilität gerade für die kleineren Unternehmen zu erreichen, soll das Gesetz erst ab einer Betriebsgröße von mehr als 50 Mitarbeitern und nach vier Jahren Beschäftigungsdauer gelten.
- **die Abschaffung des Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit.** Gerade in kleineren Unternehmen wirken solche vermeintlich gut gemeinten Fördervorschriften insbesondere für Frauen als Einstellungshemmnisse.
- **die Zulassung von betrieblichen Bündnissen für Arbeit sowie Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeit.** Gerade kleinere und mittlere Unternehmen brauchen mehr Selbstbestimmung durch Mitarbeiter und Unternehmer vor Ort.
- **eine mittelstandsorientierte Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes.** Dabei soll die vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduziert und ein Betriebsrat erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten gebildet werden. Die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern soll erst in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten beginnen.
- **die Überprüfung des Instruments der Ich-AG.** Vor allem mittelständisch strukturierte Sektoren im Handwerk oder Finanzberatungen haben mit den Ich-AG's künstlich subventionierte Konkurrenz erhalten. Darüber hinaus wurde durch die nachträglich eingeführte an sich sinnvolle Tragfähigkeitsbescheinigung quasi neben dem Überbrückungsgeld ein paralleles Förderinstrument geschaffen, das besser konzentriert werden sollte.
- **eine konsequente Wettbewerbspolitik zur Verhinderung und Kontrolle von Marktmacht.** Kleine und mittlere Unternehmen können sich in vielen Branchen, die durch wettbewerbspolitische Ausnahmeregelungen eine monopolistische Struktur aufweisen, nicht gegen die marktbeherrschenden Unternehmen behaupten.

ten. Deswegen sollen bei allen wettbewerbsrechtlichen Fragen ohne Ausnahme die Belange des Mittelstandes berücksichtigt werden.

- **eine angemessene Beteiligung mittelständischer Unternehmen an der öffentlichen Auftragsvergabe sicherstellen.** Das Vergaberecht ist traditionell mittelstandsfreundlich ausgestaltet, allerdings kommt der Mittelstand oftmals bei der Auftragsvergabe nicht zum Zuge. Durch eine strikte Beachtung des Vorrangs der Fachlosvergabe sowie den verstärkten Hinweis auf die Möglichkeit der Bildung von Bietergemeinschaften sollen gleiche Wettbewerbschancen für die mittelständischen Unternehmen geschaffen werden.
- **einen umfassenden Bürokratieabbau.** Pro Jahr entstehen der deutschen
- Wirtschaft aufgrund bürokratischen Mehraufwands zusätzliche Kosten von 46
- Milliarden Euro. 84 Prozent hiervon entfallen auf kleinere und mittlere Unternehmen.